

Regierungskrise in Frankreich zeigt dringenden Diskussionsbedarf im Euroraum

Zur Umbildung der französischen Regierung nach der Auseinandersetzung über die scharfe Deutschlandkritik des bisherigen Wirtschaftsministers Arnaud Montebourg erklärt Joachim Poß, Mitglied im Parteivorstand der SPD:

„Es ist bedauerlich, dass die in der Schärfe des Tonfalls unangemessene Kritik von Arnaud Montebourg an der deutschen Krisenpolitik Präsident Hollande und Ministerpräsident Valls keine Alternative zur Umbildung der Regierung gelassen hat. Arnaud Montebourg lief Gefahr, das deutsch-französische Verhältnis durch einseitige Schuldzuweisungen an die deutsche Adresse zu beschädigen. Es ist gefährlicher Unsinn, Deutschland beispielsweise für das Erstarken des rechts-extremen Front National verantwortlich machen zu wollen.

Die Regierungskrise in Frankreich erschwert die weitere Stabilisierung der Eurozone. Gerade deshalb muss der deutsch-französische Dialog in der Auseinandersetzung über den richtigen Policy-Mix aus Wachstum, Strukturreformen und Konsolidierung intensiviert werden.

Die Stellungnahmen der Wirtschaftsnobelpreisträger und Notenbanker vom Wochenende, die im Echo auf Montebourgs unsachliche und zugespitzte Äußerungen leider bisher weniger Aufmerksamkeit erfahren haben, sind dabei auch ein wichtiger Hinweis in Richtung der Kanzlerin und ihres Finanzministers, dass ein einfaches ‚Weiter so‘ nicht funktionieren wird, sondern Kurskorrekturen im Hinblick auf Wachstumsförderung und mehr Investitionen – gerade auch im Bereich der Infrastruktur in Deutschland – geboten sind.

Im Interesse der Stabilität der europäischen Volkswirtschaften darf Deutschland sich deshalb nicht zurücklehnen und die Auseinandersetzung über geeignete Stabilisierungsmaßnahmen mit dem Verstummen der lautesten Zwischenrufe als erledigt betrachten. Wir müssen stattdessen den konstruktiven Dialog gerade mit den Franzosen als wichtigstem europäischen Partner konsequent fortsetzen.“